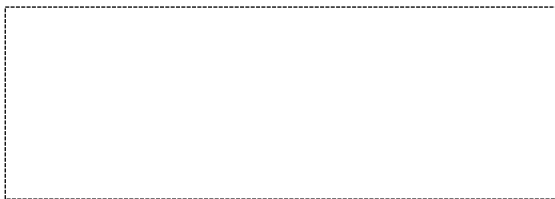


Anträge an das Funktionspostfach
der Bezirksregierung
xxxxx@xxxxx
vorab per E-Mail

Datum



**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur
Förderung zusätzlicher Busverkehre zur Schülerbeförderung**
- Richtlinien Corona-Schülerverkehr -

Teil I - Antragsteller -

Name / Bezeichnung:

Straße / Hausnummer:

Postleitzahl / Ort:

**Bearbeiter/in
(Name / Telefonnr. / E-Mail):**

Bankverbindung (IBAN):

Funktion des Antragstellers: **Aufgabenträger des ÖPNV mit Ausnahme des SPNV:**

Träger von Schulen im Sinne des Schulgesetzes:

Teil II - Maßnahme -

kurze Bezeichnung der Maßnahme (siehe auch Anlagen)

Angabe der Schule(n) / Schulzentrum / Ersatzschule(n)

1. Einordnung des Projektes nach den Richtlinien

(bitte ankreuzen)

Ziffer 2.1

Zusätzliche Verstärkerfahrten – bzw. Einsatzwagenfahrten im ÖPNV

zur Ausweitung des ÖPNV-Angebots zur Erschließung von Schulen im Sinne des Schulgesetzes

Ziffer 2.2

Anmietung zusätzlicher Busse im freigestellten Schülerverkehr

(durch den Schulträger im Benehmen mit den betroffenen ÖPNV-Aufgabenträgern und ÖPNV-Unternehmen)

für die ausschließliche Beförderung von Schülern parallel zu vorhandenen Angeboten im ÖPNV zur Erschließung von Schulen im Sinne des Schulgesetzes in eigener Trägerschaft

Ziffer 2.3

Zusätzliche Fahrten oder erhöhte Kapazitäten im bereits eingerichteten freigestellten Schülerverkehr

(soweit hierdurch bei Ausschöpfung aller Sitzplätze die Nutzung von Stehplätzen in den Fahrzeugen vermieden werden kann)

durch den Schulträger zur Erschließung der jeweiligen Schulen im Sinne des Schulgesetzes

Ziffer 2.4

zusätzliche Fahrten oder erhöhte Kapazitäten im bereits eingerichteten freigestellten Schülerverkehr zu Förderschulen

(zur Erhöhung des Abstandes zu Schülerinnen und Schülern mit nachgewiesener Befreiung von der Maskenpflicht)

durch den Schulträger von Förderschulen im Sinne des Schulgesetzes

2. Durchführungszeitraum (von/bis):

Zeitraum vom 07.01.2021 längstens bis zum Beginn der Weihnachtsferien (23.12.2021)

unter dem Vorbehalt zur Verfügung stehender Haushaltsmittel

3. Gesamtkosten

siehe Anlagen (Kostenvoranschlag / Angebot / Vertrag / Rechnung)

beantragter Zeitraum

beantragte Zuwendung

4. Finanzierungsplan - Angabe in Euro -

Nachweisbare Mehrausgaben für erhöhte Zahlungen aus den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 für zusätzliche Busverkehre im ÖPNV oder aus den jeweiligen neuen oder angepassten vertraglichen Regelungen mit den jeweils beauftragten Unternehmen

4.1 Leistungen - bitte jeweils Kurzbeschreibung der Teilprojekte angeben nach Ziffer 2.1 der Richtlinien

Anzahl der Zusatzfahrten je Schultag

Anzahl der Schultage insgesamt

nach Ziffer 2.2 der Richtlinien

Anzahl der Zusatzfahrten je Schultag

Anzahl der Schultage insgesamt

nach Ziffer 2.3 der Richtlinien

Anzahl der Zusatzfahrten je Schultag

Anzahl der Schultage insgesamt

nach Ziffer 2.4 der Richtlinien

Anzahl der Zusatzfahrten je Schultag

Anzahl der Schultage insgesamt

4.2 beantragte Förderung (nach den Richtlinien)

Ziffer 2.1

Ziffer 2.2

Ziffer 2.3

Ziffer 2.4

4.3 Gesamtkosten (Summe)

5. Begründung

5.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (Kurzbeschreibung)

5.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung

(Kurzbeschreibung, u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

6.1

die zusätzlichen Busse bzw. Fahrten über die regulär vorgesehenen Angebote hinausgehen und eine Entlastung im ÖPNV bzw. freigestellten Schülerverkehr zu den Schulanfangs- und -endzeiten darstellen (Erfüllung der Zuwendungsvoraussetzungen gem. Ziffer 4 der Richtlinien).

6.2

sie/er zum Vorsteuerabzug

nicht berechtigt ist

berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer)

6.3

die Angaben in diesem Antrag (einschließlich aller Antragsunterlagen), von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz vom 24.03.1977 (SGV.NRW.73) sowie § 2 Absatz 1 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I Seite 2034) sind.

6.4

die Angaben in diesem Antrag (einschließlich der beigefügten Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

6.5

sie / er mit der / den Maßnahme(n) nicht vor dem 05.08.2020 begonnen hat.

7. Anlagen

Kostenvoranschlag / Angebot / Vertrag / Rechnung

Ort, Datum

(rechtsverbindliche) Unterschrift / Stempel